

## **Vorsitzender des Geheimdienstausschusses Nunes in der Kritik, Großbritanniens Austritt aus der EU und Gesetzesänderung für Transsexuelle**

*Zusammenfassung der U.S. Berichterstattung vom 27. bis zum 31. März 2017*

(jw) Diese Woche befasste sich die amerikanische Presse hauptsächlich mit der Forderung nach dem Rückzugs Devin Nunes von den Ermittlungen rund um Präsident Donald Trumps Verwicklungen mit Russland, dem nun formal eingereichten Austritt Großbritanniens aus der EU und der Aufhebung eines kontroversen Gesetzes gegen Transsexuelle in North Carolina.

Für viel Aufruhr hat in dieser Woche der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses des Weißen Haus, Devin Nunes, gesorgt. Dem Repräsentanten Kaliforniens wird vorgeworfen, dass er die Ermittlungen über die Beziehung Präsident Trumps zu möglichen Kontakten nach Russland während seines Wahlkampfes nicht unabhängig führen kann. Die *Washington Post* bezeichnet Nunes als einen von Trumps „hartnäckigsten Verbündeten im amerikanischen Kongress“. Da Nunes als Berater in Trumps Team fungiert hat, lässt die U.S. Presse die Sorge laut werden, dass Nunes seine Position zugunsten der Interessen des Präsidenten ausnutzt. Der *Boston Globe* zitiert dazu Senatsmitglied Chuck Schumer, nach dessen Meinung Nunes „nicht wie jemand handelt, der auf der Suche nach der ungeschminkten Wahrheit ist“. Auch die *New York Times* ist der Meinung, dass die Information über Nunes Treffen mit einer ominösen Quelle im Weißen Haus noch zusätzlich die Spekulationen über seine Unabhängigkeit anheizen würde. Die *Times* merkt desweiteren an, dass auch Nunes Aussage, „er brauchte einen sicheren Ort, um sich mit den Informationen auseinanderzusetzen“, nicht zu seiner Glaubwürdigkeit beiträgt. Obwohl Devin Nunes sich selbst keinem Fehlverhalten bewusst ist, stehen die amerikanischen Zeitungen ihm misstrauisch gegenüber.

Ebenfalls Aufmerksamkeit schenkte die amerikanische Presse am Mittwoch dem formalen Antrag Großbritanniens auf Austritt aus der Europäischen Union. Theresa May, Premierministerin des Vereinten Königreichs, berief sich auf Artikel 50 des Vertrags von Lissabon, der die Trennung von der EU bis zum Jahr 2019 ermöglichen soll. Die *New York Times* wie auch die *Washington*

*Post* sind sich einig, dass der „Brexit“ eine anstrengende Zeit darstellen wird, in der die Trennungsverhandlungen zäh und erbittert ablaufen und unangenehme Kompromisse eingegangen werden müssen. Die *Times* spricht von einer „vier Jahrzehnte andauernden Beziehung, die nun entwirrt werden müsse“ und betont, dass einige „heikle Themen“ noch zu klären seien. Die Missbilligung der endgültigen Entscheidung des Vereinigten Königreichs wird vor allem durch die Worte des polnischen EU-Ratspräsidenten Donald Tusk unterstrichen: „Ich will nicht behaupten, dass ich heute glücklich bin“ (*New York Times*). Die *Washington Post* hob besonders den versöhnlichen Ton hervor, den Theresa May anschlug, um die „europäischen Sorgen zu mindern“. Trotzdem seien durch den Antrag auch „indirekte Drohungen“ (*Washington Post*) mitgeschwungen, sollten die Verhandlungen nicht nach dem Geschmack Großbritanniens laufen. Insgesamt blicken die amerikanischen Zeitungen also eher sorgenvoll auf das Tauziehen zwischen dem Vereinten Königreich und der EU hinsichtlich der Konditionen für das Ausscheiden.

Der demokratische Gouverneur North Carolinas, Roy Cooper, hat vergangenen Donnerstag das Gesetz House Bill 2 außer Kraft gesetzt. Transsexuelle durften laut diesem Gesetz nicht mehr selber entscheiden, ob sie die Männer oder Frauentoiletten bevorzugten, sondern mussten sich nach dem eingetragenen Geschlecht in ihrer Geburtsurkunde richten. Grundsätzlich befürwortet die amerikanische Presse den Rückzug des Gesetzes, sie kritisiert aber auch eindeutig die Beweggründe dahinter. Die *Times* sowie die *Washington Post* zitieren beide Gouverneur Cooper, der die neue Maßnahme nicht als seine „bevorzugte Lösung“ im Umgang mit den Rechten der L.G.B.T. Gemeinschaft bezeichnet; sie sollten aber den „Ruf North Carolinas wieder herstellen“ (*Los Angeles Times*). Das ändere laut der *New York Times* aber nichts an der Tatsache, dass die „Drohung eines anhaltenden Handelsboykotts“ der Auslöser für die Gesetzesänderung gewesen sei. Dieser Umstand und der Rückzug vieler Sportwettbewerbe hatten nämlich der Wirtschaft des Staates stark zugesetzt. In den Zeitungen wird somit eine Vielzahl negativer Stimmen laut, die finden, dass ein aktualisiertes Gesetz immer noch „auf der gemeinen Lüge aufbaue, dass Transsexuelle eine Gefahr für andere darstellen könnten“ (*Washington Post*).

Quellen:

<http://www.nytimes.com>

<http://www.washingtonpost.com>

<http://www.bostonglobe.com>

<http://www.latimes.com>